

Bremer Rundschau

Rechtspopulismus und NATO - eine
tödliche Gefahr für die Menschheit!



Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei für Bremen

48. Jahrgang

Nr. 1

März 2025

Raubbau an der Arbeiterklasse

Die zukünftige Bundesregierung wird den Sozialstaat nicht stärken, das Gegenteil wird der Fall sein! Es wird Sozialabbau, Steuergeschenke für Reiche und Konzerne geben und der Kriegshaushalt wird erst mal bis zu 5% des BIP nach oben geschraubt. Eine Verschlechterung des gesetzlichen Rentenniveaus muss von uns einkalkuliert werden wie eine Erhöhung des Renteneintrittsalters. Schon die Rente mit 67 Jahren ist für viele Menschen im gesunden Zustand kaum zu erreichen. Die Werktätigen in Deutschland müssen sich auf ein Gesundheitssystem einstellen, das in vielen Regionen nicht mehr für sie da ist und in dessen Zentrum nicht mehr ihr Wohlergehen steht, sondern der Profit und längerfristig das des Militärs. In den nächsten zehn Jahren gibt es in Deutschland laut K. Lauterbach

100 Kliniken weniger, die Wege zur Rettung werden weiter und länger dauern. Die Politik wird auf Konfrontation setzen. Das bedeutet: Spaltung statt Solidarität. Die Politik wird verbale Angriffe auf uns wegen unserer Hautfarbe und Herkunft befeuern statt sie zu bekämpfen.

Deshalb sollten wir als Arbeiterklasse solidarisch zusammen und gegen alle Angriffe stehen. Von der Politik dürfen wir keine Unterstützung erwarten, das Gegenteil wird eintreten. Das zeigt uns die jetzige Tarifrunde und die gemachten und geplanten Gesetze, die gegen die Werktätigen gerichtet sind. *„Denn es handelt sich (bei Wahlen) um die Klasse und nicht um Personen... denn kein Personenwechsel ist imstande, etwas zu ändern, solange nicht die Klassen, die an der Macht stehen, gewechselt haben.“* (W.I. Lenin)

700 Milliarden für Krieg

Militärmacht EU

Die EU bereitet ein 700 Milliarden Euro schweres Finanzpaket zur forcierten Militarisierung des Kontinents vor, das aber erst nach der Bundestagswahl bekanntgegeben werden soll. Das berichtet die Nachrichtenagentur Bloomberg unter Berufung auf ein Interview mit der Ex-Außenministerin. Demnach sollen „in naher Zukunft“ Mittel in einer Größenordnung bereitgestellt werden, die mit den Finanzpaketen zum Kampf gegen die Euro- und die Coronakrise vergleichbar sind. Ziel ist es, einerseits die Ukraine, andererseits die EU selbst in höchstem Tempo aufzurüsten. Damit würde die militärische Eigenständigkeit der Union gegenüber den USA

gestärkt. Dieses Ziel verfolgt Berlin schon seit langem. Zuletzt hatte etwa der CDU-Kanzlerkandidat Friedrich Merz angekündigt, er werde sich im Falle eines Wahlsieges dafür einsetzen, dass in eine neue, erweiterte Nationale Sicherheitsstrategie ein Ausbau der „Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit“ Deutschlands und die „Stärkung der nationalen Handlungsfähigkeit und der europäischen Souveränität“ aufgenommen würden. Massiver Druck durch die Trump-Administration bietet nun Anlass für beispiellose Aufrüstungspläne.

mehr: <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9874>

Der Rote Kommentar

In der Rüstung sind sie fix, für ausreichenden Wohnraum tun sie nix!

Um das Thema Wohnen machten die meisten bürgerlichen Parteien im vergangenen Wahlkampf einen großen Bogen. Den Grund dafür präsentierte das Statistische Bundesamt: Die Baugenehmigungen sind im Jahr 2024 nochmals deutlich gesunken. Nur 215.900 Wohnungen erhielten die Freigabe.



Wie in vielen Städten in Deutschland ist bezahlbarer Wohnraum auch in Bremen inzwischen Mangelware. Nicht nur Wohnungssuchende wie etwa Studierende, Alleinerziehende oder die besonders ausgebeuteten Niedriglohnverdiener finden nur schwer bezahlbare Wohnungen, sondern auch Werktätige mit geringen und mittleren Einkünften. In der Stadtgemeinde Bremen hat sich die Situation da -

durch verschärft, dass sich die Mietpreise in den vergangenen Jahren von der allgemeinen Preis- und Lohnentwicklung abgekoppelt haben. So stiegen nach einer aktuellen Mietmarkterhebung der empirica AG im Auftrag der Arbeitnehmerkammer für Bremen und Bremerhaven die Angebotsmieten in Bremen von 2004 bis Juni 2018 um insgesamt 43,2 Prozent. Es ist gar nicht lange her, da präsentierte die vorherige „Fortschrittskoalition“ ihren ambitionierten Koalitionsvertrag. Von 400.000 neuen Wohnungen im Jahr war da die Rede, ein Viertel von ihnen sollten sogar Sozialwohnungen sein. Wie sollte das erreicht werden? „Eigenheimförderung fortführen und die Mittel erhöhen“, „steuerliche Förderung“, „Bau- und Investitionsoffensive“, mit „Digitalisierung, Entbürokratisierung und Standardisierung“ sollten die Baukosten gesenkt werden. Im Ergebnis wurden in den **letzten vier Jahren** insgesamt maximal 300.000 Wohnungen fertiggestellt. Ausblick: düster. Ex-Kanzler Scholz redete sich in der „Wahlarena“ damit raus, dass die Regierung ja vor so großen Herausforderungen gestanden habe. **Merke: Wer die deutschen Werte in der Ukraine verteidigen muss, kann für die Menschen in Deutschland nicht ausreichend Wohnungen bauen.**

In der Rüstung sind ..., für die Bildung tun ...!

Rund sechs Millionen Lohnabhängige arbeiten laut DGB oft für wenig Geld in Jobs, für die sie nicht ausgebildet sind – Tendenz steigend. Denn die deutsche Regierung spart bei der Schul- und Berufsausbildung, Umschulungen sind Mangelware. Viele Beschäftigte können nicht mal richtig lesen und schreiben. Diese Menschen jobbten häufig im Niedriglohnsektor, seien häufig auf zu -

sätzliche staatliche Unterstützung angewiesen und kämen schwer aus dieser furchtbaren Misere heraus. Das Bildungsdesaster beginnt schon in der Schule: Inzwischen fängt laut DGB weniger als die Hälfte der rund 780.000 jährlichen Schulabgänger sofort eine Ausbildung oder ein Studium an. Insgesamt 250.000 von ihnen landeten in einem Übergangssystem. **Fortsetzung S. 3**

Fortsetzung von Seite 2

Bis zu 100.000 Jugendliche beendeten die Schule sogar ohne Abschluss. Dem DGB zufolge liegt das an fehlender wirklicher staatlicher Unterstützung. Das Konzept der Jugendberufsagenturen, von denen es 366 im ganzen Land gibt, würden nicht angemessen finanziell ausgestattet, um die ihnen zgedachte Aufgabe erfüllen zu können. So führte Deutschland kürzlich zwar einen Rechtsanspruch auf das Nachholen eines Berufsabschlusses ein. Doch das Gesetz ist offenbar ein bloßer Papiertiger, weil Jobcenter und Agenturen es kaum nutzen.



Kein Geld für Alphabetisierung

Eine weitere Zahl, die der DGB nennt, klingt nach gravierenden Rückschritten im einstigen "Land der Dichter und Denker": Die Untersuchungen zeigten, dass die Zahl der funktionalen Analphabeten trotz eines Förderprogramms weiterhin enorm hoch sei. So könnten etwa 6,2 Millionen Beschäftigte in der Bundesrepublik nicht oder nicht ausreichend lesen und schreiben – das sind zwölf Prozent. Dies betrifft demnach keineswegs nur Migranten, die nie eine adäquate Sprachausbildung erhielten.

Zahnloses Wunschpapier

Der "sozialpartnerschaftlich" gezähmte DGB, der vor gut 20 Jahren mit seiner Zustimmung zur

Agenda 2010 inklusive Hartz IV den Ausbau des deutschen Niedriglohnssektors selbst mit gefördert hatte, reagierte nun auf seine aktuellen Feststellungen wie erwartet: Mit einem "Programm", genauer gesagt, einem Acht-Punkte-Plan, wohl wissend, dass keine derzeit denkbare Bundesregierung diesen je umsetzen wird.

Wo bleiben die Arbeitskämpfe?

Mit einem entsprechenden Berufsabschluss werde "gute Arbeit wahrscheinlicher", erklärt der DGB schließlich. Dies ist freilich auch keine Garantie für einen Arbeitsplatz mit einem guten Lohn, von dem davon Lohnabhängige gut leben können. Zumal der deutsche Arbeitsmarkt spätestens seit der Jahrtausendwende zunehmend prekärer wird: Scheinselbstständigkeit auf Honorarbasis, befristete Verträge, schlecht bezahlte Praktika oder begrenzte Anstellung für Projekte werden auch in akademischen Sektoren zur Regel.

Überdies scheint im Niedriglohnssektor weiterhin ein riesiger Bedarf zu herrschen. Wenn die Industrie Stellen abbaut, verdonnern Arbeitsagenturen und Jobcenter Betroffene noch immer mit Vorliebe in diesen. Wer diese "Angebote" ausschlägt, ohne etwas Besseres in der Hinterhand zu haben, muss mit existenzbedrohenden Sanktionen rechnen – die der mutmaßliche künftige Bundeskanzler Friedrich Merz nach eigenem Bekunden noch drastischer ausweiten will.

Eine Klassengesellschaft im krisengeschüttelten Kapitalismus ist wie ein reißendes Raubtier. Wir Kommunisten erinnern daran, dass sämtliche Arbeitsrechte ein Ergebnis von Arbeitskämpfen sind. Arbeitskämpfe waren einst die ureigene Aufgabe von Gewerkschaften – ohne sie kann es nur bergab gehen. ♦

Impressum

BREMER RUNDSCHAU

Herausgeber: DKP Bremen

V.i.S.d.P. Gerd-Rolf Rosenberger, Bremen

März 2025

Kontakt:

dkp-bremen@gmx.de

www.bremen.dkp.de/bremen-lokal/

Bezirk Niedersachsen-Bremen



Kurz vor den Wahlen stand die Finanzierung der *"Demokratieförderung"* für weitere drei Jahre. Das Familienministerium fördert Projekte zur Implementierung kleinbürgerlich-grüner Ideologie in die deutsche Gesellschaft. Gefördert werden auch Organisationen, die sich gegen die politische Opposition richten. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) finanziert über den Zeitraum der kommenden drei Jahre weiterhin staatliche Vorfeldorganisationen zur Implementierung liberaler Narrative in die deutsche Gesellschaft. Mit 182 Millionen Euro stattet die grüne Ministerin Lisa Paus das Programm *"Demokratie fördern"* aus. Die Mittel im Fördertopf sind begehrt, allerdings deutet die regelmäßige Vergabe an die immer gleichen Akteure darauf hin, dass es sich um eine verdeckte Finanzierung zur politischen Einflussnahme im Interesse einer kleinbürgerlichen-grünen Ideologie handelt. ♦

Noch kurz vor Toresschluss: Bundesregierung verbeamtet 320 Mitarbeiter auf Lebenszeit – ohne die erforderliche Probezeit.

Die *Welt* berichtet, dass mehrere Bundesministerien kurz vor Ende der Wahlperiode noch mehrere Hundert Beschäftigte – auch ohne Abschluss der vorgeschriebenen Probezeit – auf Lebenszeit verbeamtet hätten. Insgesamt handelt es sich um 320 Fälle von Verbeamtungen im Laufe dieser Legislaturperiode. Im Einzelnen verteilen sich die Fälle auf das Entwicklungs-, Gesundheits- und Verkehrsministerium (jeweils über 50 Fälle) sowie das Wirtschaftsministerium (genau 50 Fälle). Üblicherweise erfordert eine Verbeamtung auf Lebenszeit eine dreijährige Probezeit. Was die Beförderungen betrifft, seien in über 400 Fällen Mitarbeiter der Bundesministerien höher eingruppiert worden, wobei Besoldungs- und Entgeltgruppen übersprungen wurden. In der Regel müssen die Stufen nacheinander durchlaufen werden. ♦



Da hilft nur:



Die o.g. Beispiele zeigen einmal mehr, wie anfällig das gesamte System für Korruption ist – ganz unabhängig von Parteifarben oder politischem Lager. Auch andere tagtäglichen Beispiele aus Kreisen von Immobilienfirmen, Rechtsanwaltskanzleien oder Lobbyisten im Bundestag zeigen, wie tief der Filz aus Macht, Geld und Korruption in unserer profitgetriebenen Wirtschaftsordnung reicht. Im Kapitalismus dominiert das Streben nach Profitmaximierung. Das bedeutet, dass immer und immer wieder Lücken gesucht werden, um Gelder an sich zu reißen, Deals abzuschließen und persönliche Vorteile zu sichern. Wo viel Geld im Spiel ist werden auch windige Vereinbarungen wahrscheinlicher. Dass gerade die bürgerliche Parteien dabei immer wieder versagen, klare Grenzen zwischen Privatwirtschaft und öffentlichem Interesse zu ziehen, ist kein Zufall: Der Kapitalismus belohnt jene, die den Profit über alles stellen. ♦

Implosion des Gesundheitssystems?

Die drastisch gestiegenen Defizite in der gesetzlichen Krankenversicherung könnten viele Krankenkassen an den Rand der Zahlungsunfähigkeit bringen. Das behauptet A.Storm, Chef der DAK-Gesundheit, gegenüber der *Ärzte Zeitung*.

Es wird ein Domino-Effekt befürchtet, der das ganze System gefährden könnte, sollten einzelne Krankenkassen in die Zahlungsunfähigkeit rutschen. *"Es gibt fast keinen Spielraum mehr. Wenn sich die Lage weiter verschlechtert, ist ein Teil der Kassenlandschaft am Rande der Insolvenz"*, so Storm.

Laut Storm reichen die Reserven gerade einmal, um Ausgaben für etwa zweieinhalb Tage zu decken. Er geht daher davon aus, dass die Krankenkassen ihre Zusatzbeiträge noch in diesem Jahr weiter erhöhen werden.

Laut einem Bericht von Politico fiel das Defizit der gesetzlichen Krankenkassen im letzten Jahr höher aus als zuvor angenommen.

Demnach betrug es 2024 über 6 Milliarden Euro, wie unter Berufung auf vorläufige Zahlen der größten Kassen berichtet wird. Die gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) waren zuvor noch von einem Minus in Höhe von 5,5 Milliarden Euro ausgegangen. Von der künftigen Bundesregierung fordert Storm ein "Sofortprogramm", um eine "Systemkrise" zu verhindern.

Wir meinen, dass Geldmangel da kein Argument dagegen sein kann, denn wer plant 200 Milliarden Euro fürs deutsche Militär und gegen die eigene Bevölkerung auszugeben, kann doch wohl mal eben über 6 Milliarden Euro aus der Portokasse für die eigene Bevölkerung hergeben, oder?

Deutscher Soldat mordet - Lebenslange Haft gefordert

Vier Menschen wurden von einem deutschen Berufssoldat erschossen, darunter ein Kleinkind

Im Prozess um die Mordserie mit vier Toten im niedersächsischen Landkreis Rotenburg (Wümme) haben Staatsanwaltschaft, Nebenklage und Verteidigung lebenslange Haft für einen angeklagten deutschen Berufssoldaten gefordert.

Was ist geschehen? Vorausgegangen war ein Beziehungsdrama: Eine deutsche Soldatenfrau verliebte sich in einen anderen Mann und trennte sich. Daraufhin schritt der deutsche Soldat zur Tat und erschoss in der Nacht zum 1. März 2024 in einem Doppelhaus vier Menschen aus dem Umfeld seiner damaligen Ehefrau: den 30 Jahre alten neuen Lebensgefährten der Frau, dessen 55 Jahre alte Mutter, die 33 Jahre alte beste Freundin seiner Frau und deren dreijährige Tochter. Der Angeklagte habe die Taten nach dem militärischen Muster des Häuserkampfes begangen. *„Rein, Vernichten, Raus“*. Die Formulierung *„wie ein Berufskiller“*, komme ihr (der Staatsanwältin-Red.) in den Kopf. *„Man könnte fast von Hinrichtung sprechen.“* Bei den Taten habe abgrundtiefer Hass eine Rolle gespielt. *„Es hätte für die Probleme andere Lösungen gegeben“*, die der Soldat wohl mehr nicht kannte, denn nach eigenen Angaben wurde er bei der Bundeswehr dazu jahrelang vorbereitet und zum psychisch menschlichen Wrack gemacht, um Menschen erschießen zu können. Er sei nicht mehr in der Lage, Emotionen zu zeigen, da vor der Tat diese menschliche Eigenschaft in ihm programmgemäß erloschen sei.

Fazit:

Solch psychische Verelendung dürfen wir unseren Kindern nicht zuteilwerden lassen! Deshalb müssen wir Eltern, Omas und Opas verhindern, dass unsere Kinder/Enkelkinder zur Armee, zur „Bundeswehr“ gehen.

Keinen Jungen, kein Mädchen und keinen Cent fürs Töten.

Kriegsdienstverweigerung ist euer Recht !

Der Frieden wird nicht im Bundestag erkämpft

Zu den Ergebnissen der vorgezogenen Bundestagswahl erklärt die Deutsche Kommunistische Partei (DKP):

Das war keine Richtungswahl. Schon mit dem Bruch der Ampelkoalition stand fest, dass die Grundpfeiler der Kriegs- und Krisenpolitik auch über die Neuwahl hinaus Bestand haben würden. Im Wahlkampf haben sich die großen Bundestagsparteien in ihren Forderungen nach einer Fortsetzung des Ukraine-Kriegs, nach Aufrüstung und Sozialabbau überboten. Sowohl CDU als auch SPD, Grüne und AfD wollen bis zur Hälfte des Bundeshaushaltes für die Hochrüstung ausgeben – zusammen erhielten sie 81,7 Prozent der Stimmen.

„Die Ampel ist gescheitert, ihre Politik der Hochrüstung, des sozialen Kahlschlags und des Abbaus demokratischer Rechte wird fortgesetzt, wahrscheinlich sogar verschärft“, fasst Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP, den Wahlausgang zusammen.



Die kommende Regierung wird versuchen, das Problem zu lösen, an dem die Ampel zerbrochen ist: die Finanzierung der Kriegspolitik. Hunderte Milliarden Euro sollen bereitgestellt werden, um

neue Waffen, Militäreinsätze und die Fortführung des Wirtschaftskriegs zu bezahlen. Die Kosten dafür wird die große Mehrheit der Bevölkerung tragen müssen, durch Kürzungen bei Sozialem, Bildung, Gesundheit, Kultur und mit dem weiteren Zerfall der öffentlichen Infrastruktur.

Diese Fragen spielten im Wahlkampf kaum eine Rolle. Die Partei „Die Linke“ setzte auf soziale Themen. Ihr Wahlerfolg zeigt, dass viele Menschen die Auswirkungen der Kriegspolitik spüren. Doch die Kampagne der Linkspartei hat den Zusammenhang zwischen Hochrüstung und Sozialabbau verschleiert. Insbesondere der Parteivorsitzende Jan van Aken nutzte den Wahlkampf und seine mediale Präsenz, um die ohnehin schon schwer angegriffenen friedenspolitischen Grundsätze seiner Partei zu

demontieren, indem er in die NATO-Geschichte vom russischen Imperialismus einstimmte, verschärfte Sanktionen forderte oder – wie zuletzt im Interview mit dem „Freitag“ – gar vor einem „Diktatfrieden“ warnte. Es ist zu befürchten, dass das gute Wahlergebnis als Bestätigung dieses Kurses interpretiert wird und die verbliebenen Kritiker, NATO-Gegner und Antimilitaristen aus der Partei gedrängt werden. In diesem Fall droht die Linkspartei, die klassische Rolle der Sozialdemokratie zu übernehmen und zur Integration der Arbeiterklasse in die deutsche Kriegspolitik beizutragen.

Mit einer klareren Haltung zur Friedensfrage ist das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) angetreten. Diese Haltung wird nun im Bundestag fehlen. Das Ausscheiden aus dem Bundestag steht am Ende einer langen Kette von taktischen und politischen Fehlern. Durch die Beteiligung an den Landesregierungen in Brandenburg und Thüringen hat die Partei ihre Glaubwürdigkeit als Oppositionskraft verspielt. Mit dem Fokus auf die Migrationspolitik hat das BSW den Ablenkungsmechanismus gestärkt, der zur Verdrängung der Friedensfrage aus dem Wahlkampf führte und die Verknüpfung von sozialer Frage und Kriegspolitik durch rassistische Spaltung der Arbeiterklasse verhinderte.

Viel parlamentarischen Druck hat die kommende Regierung unter Friedrich Merz (CDU), die auf die AfD als reaktionären Stichwortgeber zurückgreifen kann, also nicht zu erwarten. Umso wichtiger ist es, an breiten Bündnissen für eine starke Friedens- und Gewerkschaftsbewegung auf der Straße und im Betrieb zu arbeiten. Entscheidend dafür ist, dass sich auch diejenigen nicht entmutigen lassen, die in der „Linken“ für den Frieden kämpfen oder zu den Unterstützern des BSW gehören. „Der Kampf um den Frieden und gegen den sozialen Kahlschlag wird nicht im Bundestag entschieden“, erinnert Patrik Köbele. „Wir sehen uns auf den Ostermärschen, am 1.Mai und in den anstehenden Tarifrunden. Jetzt erst recht!“

Essen, 24. Februar 2025 / DKP-Parteivorstand

8. März – Internationaler Frauentag



Seit 1921 gilt der 8. März als Internationaler Frauentag. Das Datum geht auf einen Beschluss der Zweiten Internationalen Konferenz kommunistischer Frauen in Moskau zurück. Der Frauentag ist älter: Er wurde erstmals am 19. März 1911 begangen. Im Mittelpunkt stand sowohl der Kampf für das Wahlrecht der Frau als auch der gemeinsame Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen den Kapitalismus zur Emanzipation beider Geschlechter von Unterdrückung und Ausbeutung. Seit 1921 findet der internationale Frauentag am 8. März statt.

Der Internationale Frauentag beleuchtet, heute dringender denn je, den Kampf um die Gleichberechtigung und Emanzipation der Arbeiterinnen. In einer Gesellschaft in deren Mittelpunkt die Profitmaximierung steht, können die Probleme der Frau nicht gelöst werden. Die sozialistischen Staaten des 20. Jahrhunderts hingegen, konnten diese und andere Probleme lösen. Unsere Losungen lauten:

Gemeinsam kämpfen! Gemeinsam streiken!
Für eine kämpferische Arbeiterinnen-
und Arbeiterbewegung!
Für den Sozialismus!

7. März – Frauenstreiktag

Seit 2022 finden zum Internationalen Frauentag, dem 8. März, Frauenstreiks statt. Die Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes streikten 2022. Im Jahr darauf streikte der Öffentliche Dienst und 2024 die Beschäftigten aus dem Einzel- und Großhandel für höhere und gleiche Löhne.



„Wenn wir streiken, steht die Welt still!“ Der Internationale Frauentag war 2023 auch ein Aktionstag der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst. (Foto: Christa Hourani)

Zurzeit sind erneut die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst im Arbeitskampf. Die Gegenseite, die öffentlichen Eigentümer – der Staat, lässt sie wieder einmal auflaufen, macht kein Angebot. Deshalb jetzt erst recht: Heraus zum Frauenstreik am 7. März – gemeinsam solidarisch.

Heraus zum 7. und 8. März!

Wer schließt die Frauen ein?

Fantasie von übermorgen

Erich Kästner



Und als der nächste Krieg begann
da sagten die Frauen: Nein
und schlossen Bruder, Sohn und Mann
fest in der Wohnung ein.

Dann zogen sie in jedem Land
wohl vor des Hauptmanns Haus
und hielten Stöcke in der Hand
und holten die Kerls heraus

Sie legten jeden über's Knie
der diesen Krieg befaht:
die Herren der Bank und Industrie,
den Minister und General.

Da brach so mancher Stock entzwei
und manches Großmaul schwieg.
In allen Ländern gab's Geschrei,
doch nirgends gab es Krieg.

Die Frauen gingen dann wieder nach Haus
zu Bruder und Sohn und Mann
und sagten ihnen: der Krieg sei aus.
Die Männer starrten zum Fenster hinaus
und sahen die Frauen nicht an...

„Und als der nächste Krieg begann, da sagten die Frauen: Nein! Und schlossen Bruder, Sohn und Mann fest in der Wohnung ein“, schrieb Erich Kästner 1929 in seiner „Phantasie von übermorgen“.

Dass sich eines Tages auch Frauen dazu hergeben würden, für die Interessenlage und den Profit selbsterwählter Eliten andere Völker mit Zerstörung und Tod zu überziehen, wozu in der Vergangenheit die Männer (zwangs-)rekrutiert worden waren, hat sich Kästner offenbar auch in seinen dunkelsten Zukunftsvisionen nicht vorstellen können.

Doch hat die tatsächliche Entwicklung anderes gezeitigt und der Militärdienst wurde – unter dem Etikett vorgeblicher Gleichberechtigung – zur einer Verwertungsmaschinerie auch weiblicher Arbeits- und Lebenskraft. Die Bemühungen und Proteste etwa von Peggy Parnass und einigen anderen (Initiative „Frauen in die Bundeswehr – wir sagen nein“, 1979) konnten diesen Trend nicht aufhalten.

Er fand seinen vorläufigen Höhepunkt darin, dass kraft einer im Dezember 2000 erfolgten Änderung des Grundgesetzes (Artikel 12a) Frauen nun ebenfalls der Dienst an beziehungsweise mit der Waffe erlaubt ist.

Eine Soldatin hatte im Jahr 2000 vor dem EuGH geklagt und eine volle Waffen-Gleichberechtigung auch für Frauen erstritten. Das wurde als weiterer „Fortschritt“ beruflicher Emanzipation interpretiert und gepriesen.

Wenn auch die Frauenquote des Rekrutenzuwachses, wie in einem UZ-Artikel dargestellt, von 17,9 Prozent (2022) auf 16,2 Prozent (2024) gesunken ist, lässt doch gerade die Perspektive einer gesicherten wirtschaftlichen Existenz befürchten, dass die Anzahl (2024 etwa 181.500 Soldatinnen und Soldaten) der Anwärterinnen wieder steigt.

Wir werden wohl eines – wie zu befürchten ist, nicht allzu fern – Tages uns im Sinne Kästners zu fragen haben: Wer schließt die Frauen ein?

Leserbrief von Andreas Knorr, Wartburgkreis in der UZ.

„Ich will dort kämpfen,
wo das Leben ist“
Clara Zetkin

Jetzt
6 Wochen
kostenlos
testen

unsere-zeit.de
Tel.: 0201 177889-15
abo@unsere-zeit.de

Sagen, was ist!

Die **UZ** tritt für die Rechte und Interessen der Frauen ein, begleitet ihre Kämpfe zum Beispiel in Tarifkämpfen und fordert die volle Emanzipation. Sie erinnert daran, dass Frauen in Deutschland diesem Ziel schon näher waren – in der DDR.

Die UZ, die Zeitung der DKP, lädt ein zum **6wöchigen Probelesen**.

<https://abo.unsere-zeit.de/6-wochen-uz-probeabo>